

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
12/2013 (II)*



Liebe FreundInnen!

Österreichs neue Regierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Am 12. Dezember stellten Bundeskanzler Faymann und Vize-Kanzler Spindelegger das gemeinsame Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung vor. Am 16. Dezember wurde die neue Regierung von Bundespräsident Fischer angelobt. Neben Bundeskanzler Faymann sind auf sozialdemokratischer Seite auch Verkehrsministerin Doris Bures, Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer, Gesundheitsminister Alois Stöger, Verteidigungsminister Gerald Klug und Kanzlerminister Josef Ostermayer in ihren bisherigen Ressorts bestätigt worden. Gabriele Heinisch-Hosek folgt Claudia Schmied als Bildungs- und Kulturministerin nach. Neu in der Regierungsmannschaft ist Sonja Steßl als Staatssekretärin im Finanzministerium. Neue Frauenministerin ist ebenfalls Josef Ostermayer - aber nur vorläufig, bis diese Position im Jänner, mit der Änderung des Ministeriumsgesetzes neu besetzt werden kann.

Gestern nun musste die neue Regierung sich und ihr Arbeitsprogramm im Parlament vorstellen. Weitere wichtige Themen der Sitzung waren außerdem das Lehrerdienstrecht, die Beamten-Dienstrechtsnovelle 2013 und die Aufstockung des Katastrophenfonds.

Der Nationalrat hat in seiner gestrigen Sitzung außerdem sein Delegierten für die parlamentarische Versammlung des Europarats bestimmt. Von demokratischer Seite sind dies Gisela Wurm als Delegationsleiterin, Klubobmann Andreas Schieder und meine Person.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Dienstag, 17. Dezember 2013, trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Regierungserklärung. Bundeskanzler Werner Faymann skizzierte hierbei, wie der erfolgreiche Weg Österreichs in den nächsten fünf Jahren fortgesetzt wird. Es folgte der Beschluss des neuen LehrerInnendienstrechts und einer Beamten-Dienstrechtsnovelle. Auch die Aufstockung des Katastrophenfonds und eine Novelle der Geschäftsordnung wurde fixiert. Abschließend beriet der Nationalrat über den Bundesrechnungsabschluss. Darüber hinaus wurden die Ausschüsse des Nationalrates gewählt und die Mitglieder und Ersatzmitglieder der parlamentarischen Versammlung des Europarates bestimmt.

In seiner Regierungserklärung betonte Bundeskanzler Werner Faymann, dass Österreich ein erfolgreiches Land ist, weil es Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Ausgleich verbindet. Das sind die besten Voraussetzungen für eine demokratische und friedliche Gesellschaft. Die Stärke Österreichs liegt nicht im gegeneinander Aufhetzen, sondern im konstruktiven Miteinander. Der Staat hat eine wichtige Schutzfunktion für seine Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen, er muss die Chancen der Jüngeren wahren, für Ältere sorgen und gleichzeitig stabile Finanzen sicherstellen.

Österreich kann mit Recht stolz darauf sein, dass es trotz Wirtschaftskrise seine Position im europäischen Vergleich in vielen Bereichen gehalten und ausgebaut hat. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote und die zweitniedrigste Jugendarbeitslosenquote in der EU zu verzeichnen und einen neuen Rekord beim Beschäftigtenstand. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich der Wert der heimischen Exporte verdreifacht, bei den Exporten pro Kopf liegt Österreich auf Rang sieben im weltweiten Vergleich. Die Forschungsquote stieg auf 2,8 Prozent des BIP. Die Zinsen auf österreichische Staatsanleihen sind auf ihrem historisch niedrigsten Stand, das zeigt, wie unser Land auf den internationalen Finanzmärkten beurteilt wird. Die Regierung will mit ihrem Arbeitsprogramm diesen Kurs halten und für noch mehr Fairness in der Gesellschaft sorgen.

In der Folge skizzierte der Bundeskanzler die Pläne der Bundesregierung in den wichtigsten Bereichen. Im Finanzbereich gelte es, Steuerlücken zu schließen, Steuerbegünstigungen abzuschaffen und den Kampf gegen Steuerbetrug weiter zu führen. Die Budgetkonsolidierung sei aber kein Selbstzweck, vielmehr sollen finanzielle Spielräume für Sozialeleistungen und Offensivmaßnahmen geschaffen werden. So wird beispielsweise die Familienbeihilfe deutlich angehoben und Kinderbetreuungseinrichtungen und ganztägige Schulformen werden ausgebaut.

Im **Pflegebereich** wird es ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit sein, die mobilen Pflegedienste auszubauen. Bei den Pensionen ist es Ziel der Regierung, das **faktische Pensionsantrittsalter** bis 2018 **um 1,7 Jahre anzuheben**. Noch nie gab es einen solch hohen Anstieg in einem vergleichbaren Zeitraum.

"Die Regierung wird in den kommenden fünf Jahren die **Verwaltung modernisieren** und für noch mehr Effizienz sorgen, um budgetäre Spielräume zu gewinnen. Denn wir wollen auch eine **faire Steuerreform** einleiten, **Armut bekämpfen** und für **mehr Fairness** in der Gesellschaft sorgen. Das kann uns nur gelingen, wenn wir in einem Geist der **Teamfähigkeit** und **Solidarität zusammenarbeiten** und **gemeinsam Verantwortung für Österreich übernehmen**", sagte der Bundeskanzler.

**SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** zeigte sich überzeugt, dass die Regierung **Österreich gut durch stürmische Zeiten** bringen werde. Die **SPÖ-geführte Regierung** ist ein **Garant für Stabilität, soziale Sicherheit, sichere Pensionen**, eine funktionierende Wirtschaft sowie gerechte Beschäftigungs- und Steuerverhältnisse. **Stabilität** ist das, was wir in Krisenzeiten brauchen und eine Grundvoraussetzung, die viele andere Länder in Europa und in der Welt vermissen.

In der Folge führte der SPÖ-Klubobmann die wichtigsten **Reformvorhaben** der Regierung aus. Hinsichtlich der Debatte um die **Zusammenlegung des Wissenschaftsministeriums** mit dem **Wirtschaftsministerium** versicherte Schieder: "Die **Qualitätsdebatte** über die Universitäten darf nicht auf die Ressortaufteilung reduziert werden. Es geht um eine sachliche Auseinandersetzung, in der **Inhalte, nicht die Frage der Zugehörigkeit**, im Mittelpunkt stehen sollten."

## **Die wichtigsten Beschlüsse vom Dienstag, 17.12.2013**

### **Neues LehrerInnendienstrecht ist gute Grundlage für Unterrichtstätigkeit – Dienstrechts-Novelle 2013 ([6 d.B.](#))**

Nach **jahrelangen Diskussionen** ist es nun mit dem Beschluss des **neuen LehrerInnendienstrechtes** gelungen, einen Schlusspunkt zu setzen. Das neue Dienstrecht bietet neu eintretenden Lehrerinnen und Lehrern eine **gute Grundlage für ihre Unterrichtstätigkeit**. Es bringt eine **bessere Entlohnung, mehr Gerechtigkeit** zwischen den unterschiedlichen Schultypen und **mehr Zeit** mit den Kindern und Jugendlichen. Konkret sind **höhere Einstiegsgehälter**, die **Gleichwertigkeit aller LehrerInnengruppen** und **attraktivere Gehälter** für QuereinsteigerInnen vorgesehen. Höher ist auch die Bezahlung bei Fächern, die mit einem **Mehraufwand in Vor- oder Nachbereitung** verbunden sind.

Nach **intensiven Diskussionen** auch mit der **Gewerkschaft** wurden in einem **Abänderungsantrag** noch Änderungen eingearbeitet. Der **Abänderungsantrag** sieht eine **Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung** um **zwei Stunden** bei **Schularbeitsfächern** in der **Oberstufe** und die Notwendigkeit der Zustimmung der LehrerInnen bei einer **fachfremden Verwendung** von mehr als einem Semester vor. Gleichzeitig wurden noch ergänzende Anträge beschlossen, die die **Entlastung von**

**Verwaltungsaufgaben, zusätzliche Unterstützungssysteme und adäquate Arbeitsplätze** für LehrerInnen vorsehen.

### **Novelle Katastrophenfondsgesetz – 15a-Vereinbarung Hochwasserschutzprojekt „Eferdinger Becken“ [\(10 d.B.\)](#) [\(11 d.B.\)](#)**

Mit diesem Beschluss werden die **Auswirkungen der Dürre** und des **Hochwassers** im **Jahr 2013** auf den **Ackerbau** durch die **Aufstockung des Katastrophenfonds** um 50 Mio. € gemildert. Die Länder beteiligen sich im gleichen Ausmaß wie der Bund an der **Abfederung der Einkommensverluste** bei **Ackerkulturen** und der **finanziellen Unterstützungen für Ersatzfuttermittel**. 100 Millionen Euro für österreichische Landwirte und ihre Betriebe, die durch die Überschwemmungen und die darauf folgende Trockenheit große und irreversible Schäden erleiden haben müssen, sind ein großer **Erfolg**. Mit dieser Novelle und den beschlossenen finanziellen Hilfen wird der **Weiterbetrieb von bäuerlichen Betrieben** gesichert. Darüber hinaus soll für den Zeitraum 2014 bis 2022 ein **nachhaltiger Hochwasserschutz im Eferdinger Becken** entstehen. Für dessen Finanzierung im Rahmen von bis zu 250 Mio. € wurde in einer **15a-Vereinbarung** der Schlüssel Bund 50 Prozent, Land 30 Prozent und antragstellende Interessenten 20 Prozent der Kostentragung vereinbart.

### **Weitere Beschlüsse**

#### **Dienstrechts-Novelle 2013 [\(8 d.B.\)](#)**

Die wichtigsten Inhalte der Dienstrechtsnovelle 2013 sind die Einführung der Pflegekarenz und die Anpassung der Pflegeteilzeit für den öffentlichen Dienst, das Recht der BeamtInnen auf ein Dienstzeugnis, die bessere Berücksichtigung von Teilzeitkräften und TelearbeiterInnen beim Fahrtkostenzuschuss, die Begründungspflicht bei Abweichen von Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission, die Erhöhung der Entlohnung für VerwaltungspraktikantInnen nach drei Monaten und die Einführung einer Urlaubersatzleistung für Beamtinnen und Beamte im Ausmaß von maximal vier Wochen, wenn diese vor Ausscheiden aus dem Dienst ihren Erholungsurlaub aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht konsumieren konnten.

#### **Anpassung von Politikerbezügen um 1,6 Prozent – Novelle Bundesbezügegesetz [\(9 d.B.\)](#)**

Für die Anpassung von PolitikerInnenbezügen sind einerseits der sogenannte Pensionsanpassungsfaktor und auf der anderen Seite die Inflationsrate maßgeblich. Der jeweils niedrigere Anpassungsfaktor ist für die Erhöhung der Politikerbezüge heranzuziehen. Dies hätte, ohne Gesetzesänderung, zur Folge, dass die Bezüge der PolitikerInnen für das Jahr 2014 um 2,4 Prozent angehoben worden wären. Da aber der dem Anpassungsfaktor entsprechende Erhöhungsprozentsatz für Pensionistinnen und Pensionisten im Kalenderjahr 2014 um 0,8 Prozent vermindert wird, beträgt die Erhöhung der Politikerbezüge für das Kalenderjahr 2014 nun ebenfalls nur 1,6 Prozent.

## **Änderung der Bestimmungen über die Blockreizeiten – Novelle Geschäftsordnungsgesetz 1975 (4 d.B.)**

Mit dem gegenständlichen Antrag werden die Bestimmungen über die Blockreizeiten – insbesondere die Wiener Stunde – geändert, um auf die veränderte Struktur des Nationalrates Rücksicht nehmen und vernünftige Sitzungslängen festlegen zu können.

### **Behandelte Berichte**

#### **Bundesrechnungsabschluss 2012 (12 d.B.)**

Der Bundesrechnungsabschluss 2012 stellt fest, dass die Ausgaben mit 72,8 Mrd. € um 3,6 Mrd. € unter dem Voranschlag für 2012 lagen. Bei den Einnahmen wurde mit 65,9 Mrd. € fast eine Punktlandung hingelegt. Der Saldo im allgemeinen Haushalt war mit einem Abgang von 6,9 Mrd. € um 4,2 Mrd. € besser als die geplanten -11,2 Mrd. € laut Bundesvoranschlag. Das gesamtstaatliche Defizit nach Maastricht liegt mit 2,48 Prozent unter dem Maastrichtwert von 3 Prozent, der öffentliche Schuldenstand ist aber infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise mit 73,39 Prozent im Jahr 2012 (gesamtstaatlich 227,4 Mrd. €) über dem Referenzwert von 60 Prozent des BIP. Die Finanzschulden des Bundes stiegen 2012 auf 201,4 Mrd. € (+4,1 Prozent).

#### **Reden**

##### **Rede zum Außen- und EU-Politischen Teil des neuen Regierungsprogramms**

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Ich möchte den Bereich EU- und Außenpolitik ansprechen. In diesem Bereich haben sich die SPÖ und die ÖVP auf ein gemeinsames Programm verständigen können, mit dem ich voll und ganz zufrieden bin, denn es beinhaltet ein eindeutiges Bekenntnis zur europäischen Einigung, ein Bekenntnis zur gemeinsamen Währung und es enthält ein starkes Bekenntnis zur Stärkung der sozialen Dimension in der EU. Denn, meine Damen und Herren, diese gleiche Gewichtung von Wirtschaft und Sozialem macht letztendlich Österreichs Erfolg aus, und dafür wird sich die Regierung auch in der EU einsetzen.

In der Europapolitik liegt unsere größte Herausforderung ohne Zweifel darin, die inakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern zu bekämpfen sowie in der wichtigen Aufgabe, europäische Sozialsysteme nachhaltig zu stärken und abzusichern. Man kann sagen, dass auch unsere EU-Politik sich an den großen Zielen unserer Koalition ausrichtet, nämlich Wohlstand erhalten, sozialen Ausgleich sichern, in Wachstum investieren und die Finanzen stabilisieren.

Das Regierungsprogramm zählt eine ganze Reihe von Maßnahmen auf, mit denen wir in den nächsten Jahren in Europa wichtige Impulse setzen wollen. Das sind vor

allem die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und hier insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit. Außerdem werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass in ganz Europa ein qualitativ hochwertiges duales Ausbildungssystem aufgebaut wird. Den Ländern, die ein solches einführen wollen, stehen wir weiterhin mit unserem Know-how zur Verfügung, wie das ja bereits in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.

Der zweite wichtige Bereich für mich ist der Schutz der europäischen Sozialsysteme. Da wird sich Österreich verstärkt dafür einsetzen, dass die Sozialpartner auf europäischer Ebene intensiver in den sozialen Dialog mit eingebunden werden, und wir sprechen uns für gemeinsame europäische Standards aus, um Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben.

Aber auch außerhalb der EU wollen wir in wichtigen Bereichen Akzente setzen. Österreich bleibt ein verlässlicher Partner in den internationalen Beziehungen. Wir werden uns auch weiterhin für die Stärkung der Vereinten Nationen einsetzen und uns an wichtigen Friedensmissionen der Völkergemeinschaft beteiligen, wie es derzeit in vielen Ländern der Fall ist. Das geht vom Kosovo hin über den Libanon bis in die West-Sahara. Auch Initiativen zur Abrüstung nuklearer und unkonventioneller Waffen sind ein wesentlicher außenpolitischer Schwerpunkt.

Ganz besonders freue ich mich darüber, dass das Regierungsprogramm die bessere Beteiligung von Frauen an internationalen Friedensbemühungen ausdrücklich als Ziel unserer Außenpolitik vorgibt, denn, meine Damen und Herren, die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen ist eine Grundvoraussetzung, ist eine Notwendigkeit für den Erfolg vieler Friedens- und Aussöhnungsprozesse. Hier wollen wir weiterhin eine aktive Rolle übernehmen, wie wir das auch bereits im Rahmen der EU getan haben. Außen- und europapolitisch ist Österreich daher mit diesem Regierungsprogramm gut für die Herausforderungen der kommenden Jahre gerüstet, und ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit sowohl mit dem Ministerium und dem Minister als auch mit den anderen Fraktionen in diesem Haus. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

### **Pressemitteilungen & Veranstaltungen**

[Nationalrat - Muttonen: Regierung gut für außen- und europapolitische Herausforderungen gerüstet](#) (17.12.2013)

[Muttonen: Regierungsprogramm legt klares Bekenntnis zu einem sozial gerechten und wirtschaftlich starken Europa ab](#) (15.12.2013)

[SPÖ-Muttonen: Konflikt in der Ukraine friedlich lösen](#) (12.12.2013)

## **Das Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung steht**

Bundeskanzler Faymann hat am 12. Dezember gemeinsam mit Vize-Kanzler Spindelegger das Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung vorgestellt. Die Leitlinien des neuen Programms lauten Wohlstand erhalten, sozialen Ausgleich sichern, in Wachstum investieren und Finanzen stabilisieren. Die SPÖ konnte wichtige sozialdemokratische Forderungen durchsetzen, etwa eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine Ausbildungsverpflichtung für Unternehmen und ein zweites kostenfreies Kindergartenjahr. Weitere Informationen zum Regierungsprogramm, könnt ihr [hier](#) einsehen. Meine Bewertung der Außen- und EU-Politik findet ihr bei den Pressemitteilungen und in meiner oben abgebildeten Rede im Nationalrat anlässlich der Erklärung der Bundesregierung.

## **Nachtrag zur Diskussionsveranstaltung über die georgische Außenpolitik**

In der Novemberausgabe meines Infoletters habe ich von einer [Diskussionsveranstaltung des Renner Institutes](#) berichtet, in der es um die Perspektiven der georgischen Außenpolitik ging. Das Renner Institut hat ein Resumé dieser Veranstaltung verfasst, auf das ich [hier](#) für alle Interessierten verlinken möchte.

### **Impressum:**

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)